

Jetzt fordern beide Häuser des US-Kongresses, das Repräsentantenhaus und der Senat, Sanktionen gegen den Iran und alle Staaten und Firmen, die den Iran mit Kraftstoff oder Technologie zum Ausbau seiner Raffineriekapazitäten beliefern.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 033/10 – 02.02.10**

Auch der Senat stimmt Sanktionen gegen die Kraftstofflieferanten des Irans zu

Von Tom Doggett und Susan Cornwell
WASHINGTON POST, 28.01.10

(<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/01/28/AR2010012803505.html>)

WASHINGTON (Reuters) – Der Senat hat am Donnerstag eine Vorlage verabschiedet, die den Präsidenten Barack Obama ermächtigt, Sanktionen gegen die Kraftstofflieferanten des Irans zu verhängen und damit die Teheraner Führungselite in Schwierigkeiten zu bringen; mit diesem Beschluss soll Teheran unter Druck gesetzt werden, damit es sein Atomprogramm aufgibt.

Die Sanktionen, die per Abstimmung gebilligt wurden, zielen auf Firmen, die Benzin in den Iran exportieren oder dem Land beim Ausbau seiner Raffineriekapazitäten zur Verarbeitung von Erdöl helfen; US-Finanzierungsgesellschaften sollen diese Firmen nicht mehr mit Krediten oder anderen Hilfeleistungen unterstützen.

Das Repräsentantenhaus hat bereits eine ähnliche Ermächtigung verabschiedet. Unterschiede zwischen den beiden Vorlagen müssen noch bereinigt werden, bevor die Maßnahmen zum Gesetz werden.

Der Kongress und die Regierung Obama befürchten, dass der Iran sein Urananreicherungsprogramm benutzt, um Atomwaffen zu entwickeln, während Teheran angibt, es nur zu friedlichen Zwecken wie der Erzeugung von Elektrizität zu betreiben.

Viele Mitglieder des Kongresses wollen Obama mehr Instrumente verschaffen, damit er den Iran stärker unter Druck setzen kann. Die Unterbrechung der Benzinversorgung würde der Wirtschaft Teherans schweren Schaden zufügen; der Iran hat zwar die drittgrößten Ölreserven der Welt, muss aber wegen eines Mangels an Raffineriekapazität 40 Prozent seines Benzins importieren, um die Binnennachfrage befriedigen zu können.

In seiner am Mittwoch gehaltenen Rede zur Lage der Nation warnte Obama Teheran vor den "wachsenden Konsequenzen" seines Atomprogramms. Die Regierung ist dabei, mit mehreren anderen Großmächten eine Vereinbarung über neue, gemeinsam aufzuerlegenden Sanktionen zu treffen.

US-Wirtschaftsverbände haben das Weiße Haus gewarnt, dass die vom Kongress beschlossenen Maßnahmen diese gemeinsame Strategie unterhöhlen könnten. Die Kritiker behaupten, die mit großer Mehrheit beschlossenen Sanktionen würden die US-Verbündeten verärgern, deren Gesellschaften davon betroffen seien, und ein gemeinsames Handeln aller Länder gegen den Iran verhindern.

Die vom Senat beschlossenen Sanktionen würden sich auch gegen Firmen richten, die

Pipelines für Öl oder Gas im Iran bauen und Tankschiffe zum Transport des iranischen Erdöls zur Verfügung stellen.

Die Maßnahmen verbieten es der US-Regierung auch, Waren von ausländischen Firmen zu kaufen, die auf dem Energiesektor Geschäfte mit dem Iran machen.

Der Senatsbeschluss erfolgte an dem Tag, an dem der Iran zwei Männer wegen ihrer Beteiligung an politischen Unruhen durch Erhängen hinrichten ließ. "Die Situation im Iran ist schrecklich und wird immer schlimmer. Während wir hier reden, sterben im Iran Menschen," erklärte Senator John McCain kurz vor der Abstimmung im Senat.

Der Senatsbeschluss sieht außerdem folgende Maßnahmen vor:

- ein striktes Verbot von direkten Importen aus dem Iran in die Vereinigten Staaten und von Exporten aus den Vereinigten Staaten in den Iran, das nur Nahrungs- und Arzneimittel ausnimmt;
- die Aufforderung an die Obama-Regierung, das Auslandsvermögen von Iranern einschließlich der iranischen Revolutionsgarden, die Terroristen mit Waffen beliefern, einfrieren zu lassen;
- die Möglichkeit für Regierungen von Bundesstaaten, lokale Verwaltungen und private Investmentunternehmen, sich leichter von Energieunternehmen zu trennen, die Geschäfte mit dem Iran machen;
- verschärfte Ausfuhrkontrollen, um zu verhindern, dass heikle Technologie durch illegale Schwarzmarkt-Exporte über andere Länder in den Iran gelangt, und die Verhängung von Handelsbeschränkungen gegen Firmen, die sich weigern zu kooperieren.

(Die Reuters-Meldung wurde von Eric Walsh redigiert.)

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt. Mit den beschlossenen Sanktionen ist der lange geplante Überfall auf den Iran wieder ein Stück näher gerückt. Wenn die US-Navy im Persischen Golf ein Tankschiff mit Benzin zu stoppen versucht, das unter dem Geleitschutz eines iranischen Kriegsschiffs einen iranischen Hafen anlaufen will, kommt es zu der lange erhofften militärischen Konfrontation, und die Cruise Missiles und Bomber der US-Streitkräfte können mit ihren "bunkerbrechenden", notfalls auch atomaren Sprengköpfen zur Zerstörung wichtiger iranischen Einrichtungen starten.)

The Washington Post

Thursday, January 28, 2010

Senate OKs sanctions on Iran's fuel suppliers

By Tom Doggett and Susan Cornwell

WASHINGTON (Reuters) - The Senate on Thursday approved legislation that would let President Barack Obama impose sanctions on Iran's gasoline suppliers and penalize some of Tehran's elites, a move aimed at pressuring Tehran to give up its nuclear program.

The sanctions, approved on a voice vote, would target companies that export gasoline to Iran or help expand the country's oil-refining capacity by, in part, denying them loans and other assistance from U.S. financial institutions.

The House of Representatives has already passed similar legislation. Differences between the two bills will have to be worked out before the measure becomes law.

Lawmakers and the Obama administration fear Iran's uranium enrichment program will be used to develop weapons, while Tehran says it is for peaceful purposes such as generating electricity.

Many in Congress want to give Obama more tools to pressure Iran. Cutting off gasoline supplies would hurt Tehran's economy; while Iran has the world's third biggest oil reserves, it must import 40 percent of its gasoline to meet domestic demand because of a lack of refining capacity.

In his State of the Union address on Wednesday, Obama warned Tehran faced "growing consequences" over its nuclear program. The administration has been working with several other major powers to build a consensus on new sanctions to be imposed jointly.

But U.S. business groups have warned the White House that the lawmakers' approach threatens to undercut this joint strategy. The critics say broad-based sanctions sought by lawmakers would upset U.S. allies whose companies would be affected, and frustrate joint action with other countries against Iran.

The sanctions in the Senate bill would extend to companies that build oil and gas pipelines in Iran and provide tankers to move Iran's petroleum.

The measure also prohibits the U.S. government from purchasing goods from foreign companies that do business in Iran's energy sector.

The Senate acted on the same day that Iran hanged two men convicted in the wake of political unrest in the country. "The situation in Iran is terrible and it's worsening. People are dying in Iran as we speak," said Senator John McCain just before the Senate vote.

Other provisions in the bill would:

- * Impose a broad ban on direct imports from Iran to the United States and exports from the United States to Iran, exempting food and medicines;
- * Require the Obama administration to freeze the assets of Iranians, including Iran's Revolutionary Guard Corps, who are active in weapons proliferation or terrorism;
- * Allow state and local governments and private asset fund managers to easily divest from energy firms doing business with Iran;
- * Strengthen export controls to stop the illegal black market export of sensitive technology to Iran through other countries and impose tough new licensing requirements on those who refuse to cooperate.

(Editing by Eric Walsh)